

# Wir für Oberfranken



## Dominik Sauerteig - Oberbürgermeister in Coburg

*Am 1. Mai trat Dominik Sauerteig  
als neuer Oberbürgermeister von  
Coburg in die Fußstapfen von  
Norbert Tessmer.*

Beim Besuch von MdB Andreas Schwarz und PSt Anette Kramme stellte Dominik Sauerteig einige Interessante Projekte der Zukunft vor. Wir werden Dominik Sauerteig bei seiner Arbeit auch durch eventuelle Fördermöglichkeiten des Bundes in seiner Arbeit unterstützen.

## Unterwegs für unsere Kommunen - gemeinsam stark

*Nach dem wochenlangen Lockdown durch die Corona-Pandemie in unserem Land ist es jetzt mehr und mehr möglich, sich wieder persönlich vor Ort mit den Menschen auszutauschen. Umso wichtiger ist es für uns, einigen SPD-Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der oberfränkischen Kommunen in den kommenden Wochen einen Besuch abzustatten.*

Im Mittelpunkt steht die Frage: Wie kann und wird sich Oberfranken den derzeitigen Herausforderungen in puncto Corona-Folgen, Energiewende, Digitalisierung, Klimawandel und dem demographischen Wandel stellen? Wie wollen sich die Kommunen weiterentwickeln und auf welche Weise kann die Bundespolitik hier noch unterstützen? Um das zu erfahren, sind wir derzeit in ganz Oberfranken unterwegs. Neben dem wegen Corona aufgelegten Konjunkturpaket, das auch Hilfen für die Kommunen beinhaltet, bietet der Bund zahlreiche Förderprogramme für Gemeinden an, sei es beispielweise das kommunale Investitionsprogramm, Förderungen zur Umsetzung der Energiewende oder für den Denkmalschutz.

Wir wollen in unseren Funktionen als Parlamentarische Staatssekretärin im Arbeitsministerium und als Stellvertretender Haushaltspolitischer Sprecher für die SPD-Bundestagsfraktion unseren Einfluss in Berlin geltend machen und diesen für die Region nutzen. Die ersten beiden Stationen auf der Oberfranken-Tour waren Coburg mit Oberbürgermeister Dominik Sauerteig und Kulmbach mit Oberbürgermeister Ingo Lehmann. Weiter geht es unter anderem nach Lichtenfels, Münchberg, Forchheim, Bischofsgrün, Ludwigsstadt und Hof. Gerne stehen wir und unsere Büros in Bayreuth und Bamberg für Anfragen zur Verfügung.

Eure

Euer

Handwritten signatures of Anette Kramme and Andreas Schwarz.



## Ingo Lehmann in Kulmbach am Ruder

*Der 49-jährige Ingo Lehmann  
steht nun an der Stadtspitze in  
Kulmbach.*

Tatkräftig und voller Energie packt der neue OB in Kulmbach an. Er hat viel vor. Beim Besuch wurden bereits einige Entwicklungsideen und Pläne für die Kommune angesprochen. Wir werden sehen, wie hier der Bund mit seinen unterschiedlichen Förderprogrammen unterstützen kann.

Mit Andreas Hügerich steht in Lichtenfels ein kreativer, innovativer Oberbürgermeister an der Spitze der Stadt und sorgt mit viel Energie und Herzblut dafür, dass sich einiges bewegt. Wie das Motto der Stadt "lebendiges Lichtenfels" schon ausdrückt, sollen Projekte wie das "Forschungs- und Anwendungszentrum für digitale Zukunftstechnologien" für Dynamik in der gesamten Region sorgen.



## Projekte sorgen für Dynamik in Lichtenfels

Mit breiter Bürgerbeteiligung bei den Projekten Zukunftswerkstatt und der Vision 2030 hat Andreas Hügerich bewiesen, dass ihm die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ein großes Anliegen

ist. Das sorgt dafür, dass sich die Bevölkerung für das Stadtgeschehen interessiert und aktiv daran mitarbeitet. Wir werden Andreas Hügerich tatkräftig bei seinen Vorhaben unterstützen.



## Frischer Wind für Hof mit Eva Döhla

Seit 1. Mai 2020 lenkt die 48-jährige Eva Döhla als neue Oberbürgermeisterin die Geschicke in der Stadt Hof und hat schon jetzt viel frischen Wind in die Stadt gebracht.

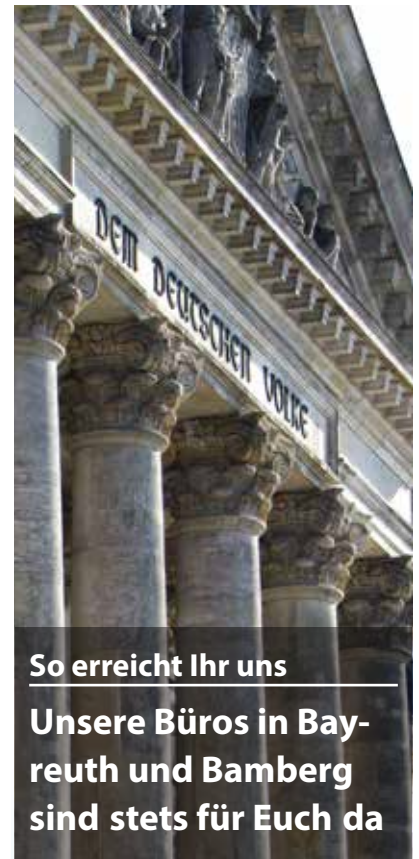
Im Rathaus stehen große personelle Umbrüche an und zahlreiche Projekte müssen koordiniert und zum Abschluss gebracht werden. Bei einem gemeinsamen Besuch bei Eva Döhla wurden Möglichkeiten ausgelotet, Fördergelder und weitere Hilfen für die Stadt Hof zu organisieren. Wir werden Eva Döhla tatkräftig zur Seite stehen.



## Genussort wird zur Kulcity

Münchberg zieht an. Getreu dem Motto der größten Stadt im Landkreis Hof sorgt Bürgermeister Christian Zuber dafür, dass sich in dem Genussort etwas bewegt.

Davon zeugt unter anderem auch das Projekt Kulcity, das mit einem hochinnovativen Ansatz dank der Initiative engagierter örtlicher Unternehmer neues Leben in die Innenstadt bringen soll. Münchberg steht aber auch vor großen Herausforderungen. Viele davon kann der Bund mit Fördermitteln unterstützen. Wir werden versuchen, die Stadt Münchberg und Bürgermeister Christian Zuber hier nach Kräften zu unterstützen.



So erreicht Ihr uns

Unsere Büros in Bayreuth und Bamberg sind stets für Euch da

### BÜRGERBÜRO BAYREUTH

ANETTE KRAMME, MDB  
FRIEDRICH-PUCHTA-STRASSE 22  
95444 BAYREUTH  
TELEFON: 0921 – 87 01 111  
FAX: 0921 – 87 01 254  
EMAIL: ANETTE.KRAMME.WK@BUNDESTAG.DE

### BÜRGERBÜRO BAMBERG

ANDREAS SCHWARZ, MDB  
LUITPOLDSTRASSE 48 A  
96052 BAMBERG  
TELEFON: 0951 – 519 29 400  
FAX: 0951 – 519 29 405  
EMAIL: ANDREAS.SCHWARZ@BUNDESTAG.DE

### ANSPRECHPARTNER

#### BÜRGERBÜRO BAYREUTH

SILKE WINKELMAIER - Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
OLIVER WINKELMAIER - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
ERIKA HINZ - Sekretariat

#### BÜRGERBÜRO BAMBERG

BERNHARD OPPEL - Wissenschaftlicher Mitarbeiter  
SUSANNE MÜLLER - Büroleitung Bamberg  
SUSANNE BÖHMER - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

### IMPRESSUM

ANETTE KRAMME, MDB  
FRIEDRICH-PUCHTA-STRASSE 22  
95444 BAYREUTH  
EMAIL: ANETTE.KRAMME.WK@BUNDESTAG.DE

ANDREAS SCHWARZ, MDB  
LUITPOLDSTRASSE 48 A  
96052 BAMBERG  
EMAIL: ANDREAS.SCHWARZ@BUNDESTAG.DE

# Corona-Pandemie stellt Busunternehmer vor große Herausforderungen

*Die Busunternehmer in Deutschland wurden von der Corona-Pandemie hart getroffen. Von einem Tag auf den anderen kam ihr Geschäft zum Erliegen. „Wir kämpfen ums Überleben“. Mit diesen drastischen Worten beschrieben Albrecht und Christian Bock vom Busunternehmen Habo aus Unterwaiz beim Besuch der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme, Mitgliedern der SPD-Gemeinderatsfraktion und des Bamberger Bundestagsabgeordneten Andreas Schwarz ihre derzeitige Situation.*



MdB Anette Kramme, Altbürgermeister Hans Dötsch und MdB Andreas Schwarz lassen sich von Christian Bock das Hygienekonzept des Unternehmens demonstrieren.

Ein wenig verloren stehen sieben große Fernreisebusse auf dem Betriebshof in Unterwaiz. Allesamt abgemeldet, ohne Kennzeichen und größtenteils noch auf Winterreifen.

„Wechseln lohnt sich nicht, im Sommer werden die Busse aller Voraussicht nach sowieso nicht mehr zum Einsatz kommen“, zeichnet Seniorchef Albrecht Bock ein düsteres Bild. Zwar dürften sie seit 22. Juni wieder reguläre Reisen anbieten, doch was fehlt sind die Aufträge.

Mehr als eine dreiviertel Million Euro Umsatzausfälle hat die Firma bisher zu verkraften. „Wir wollten eigentlich unsere Halle modernisieren und energetisch auf den neuesten Stand bringen, das ist erstmal vom Tisch“, so Christian Bock. Bis weit in den Oktober hinein war man vor Corona ausgebucht. „Alles storniert, alles abgesagt, eine Katastrophe“.

Christian Bock demonstrierte, welche Maßnahmen in den Bussen ergriffen wurden, um sicheres Reisen für die Fahrgäste zu ermöglichen. „Wir haben Trennscheiben beim Fahrer installiert. Alles selbst entworfen und gebaut, da gibt es

noch nichts aus dem Katalog“. Zudem verfügten alle Busse über hochmoderne Lüftungs- und Klimaanlage, die die Luft im Bus ständig und zuverlässig austauschen. „Unser Hygienekonzept ist ausgereift, wir befolgen alle gängigen und nötigen Regelungen bezüglich Abstand und Hygiene.“

Bei längeren Fahrten können wir problemlos die Anzahl der Pausen erhöhen, damit die Gäste außerhalb des Busses öfter mal die Maske absetzen können“, erklärt der Juniorchef.

Und dennoch sei die Angst bei den potenziellen Fahrgästen noch spürbar. „Viele haben Sorge, sich im Bus anzustecken. Dabei ist die Gefahr zum Beispiel in Supermärkten deutlich höher als in einem modernen Bus“, so Albrecht Bock. Man könne sicheres Reisen anbieten, doch noch fehle die Kundschaft.

Als Mietbusanbieter macht den Bocks vor allem der Wegfall der Jugendreisen enorm zu schaffen. „Schüler- und Klassenfahrten gehören zu unserem Kerngeschäft. Das von der bayerischen Staatsregierung verhängte Verbot für solche

Fahrten ist für uns verhängnisvoll. Aber auf diesem Ohr ist man in Bayern taub, die bayerische Politik stiehlt sich hier aus der Verantwortung“, meint Albrecht Bock. Dies sieht der Bamberger Bundestagsabgeordnete Andreas Schwarz genauso. „Markus Söder stellt sich hin und gibt den großen Retter, dabei gibt er nur das Geld aus Berlin aus. Er muss klare Ansagen machen, wann es wie weiter geht und nicht immer im Ungefähren bleiben“.

Zudem würde man in Berlin bewusst die Schwellen für die Unternehmenshilfen gering und die Bürokratie klein halten. „Dann kommen die Bundesländer und stülpen eigene Regeln über, das kann und darf nicht sein“.

Für die Parlamentarische Staatssekretärin Anette Kramme ist klar, dass die Hilfsprogramme in Details noch nachgebessert werden müssen, um Situationen, wie sie bei Habo entstanden sind, besser abzubilden und die Hilfe zielgenauer anbieten zu können.

„Wir müssen die Vorhaltekosten von Bussen der Unternehmer stärker berücksichtigen. Wir wollen auch, dass frühzeitig bekannt ist, wie es mit dem Kurzarbeitergeld weiter geht, da werden wir Ende August bis Anfang September das weitere Vorgehen verkünden“, versprach Kramme.

Zudem wollen sich beide Politiker dafür einsetzen, dass Schülerreisen schon vor Ende Januar 2021 wieder erlaubt werden können. „Denn diese Regelung hat nichts mit Infektionsschutz zu tun, sondern soll dafür Sorge tragen, dass Schüler den entfallenen Stoff nachholen. Das ist zwar richtig und wichtig, aber Schülerfahrten haben auch eine wichtige soziale Komponente, die man berücksichtigen muss“, so Kramme.

Zudem möchte sie mit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin sprechen, um eine Studie auf den Weg zu bringen die belegt, dass Busreisen sicher sind. „Die Fahrgäste müssen Vertrauen in das Verkehrsmittel Bus zurückgewinnen, das geht am besten mit belegbaren Fakten“.



*Die Große Koalition setzt ein umfassendes Konjunktur- und Investitionsprogramm auf Gleis, das kurzfristige konjunkturelle Impulse mit längerfristigen Zukunftsinvestitionen kombiniert.*

Die Corona-Krise stellt Deutschland und alle Menschen in unserem Land vor unvorstellbare Herausforderungen. Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung haben daher in den vergangenen Wochen und Monaten mit den größten Anstrengungen und **in kürzester Zeit milliardenschwere Maßnahmenpakete geschnürt**, die die Gesundheit der Bürger schützen, Arbeitsplätze und Unternehmen stützen und den **sozialen Zusammenhalt**

**bewahren.** Unter Federführung unseres Finanzministers Olaf Scholz ist zudem **ein 130 Mrd. Euro Konjunkturprogramm beschlossen** worden. Mit einem zweiten Nachtragshaushalt wird sich diese Summe nochmals deutlich erhöhen. Das Konjunkturprogramm gibt der Wirtschaft einen kräftigen Schub, ist sozial gerecht und bringt unser Land auch ökologisch nach vorne. Es ist ein Programm für Familien, für Kommunen, für Auszubildende, für kleine

und mittelständische Unternehmen (auch Sozialunternehmen), für die Kultur und die Umwelt. Bis zum heutigen Tag umfasst das größte Hilfspaket in der Geschichte der Bundesrepublik **Maßnahmen in Höhe von 353,3 Milliarden Euro und Garantien von insgesamt 819,7 Milliarden Euro.** Das beschlossene Konjunkturprogramm ist das Ergebnis langer Verhandlungen in der Koalition. Drei Ziele waren und sind uns besonders wichtig.

# Die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung

## Nachfrage stärken, Beschäftigung sichern und gezielt stabilisieren

Wir senken die Mehrwertsteuer befristet vom 1. Juli bis zum Jahresende. Statt 19 % beträgt der reguläre Mehrwertsteuersatz dann 16 % und der ermäßigte Satz statt 7 % dann für sechs Monate 5 %. Damit stärken wir die Kaufkraft und die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in unserem Land.

## Wir erhöhen die Einkommen von Familien mit einem Kinderbonus von 300 Euro.

Für alle Kinder, die Kindergeld erhalten, werden im September 200 Euro und im Oktober 100 Euro ausgezahlt. Der Kinderbonus hilft vor allem Familien mit geringen und mittleren Einkommen, weil er das Kindergeld und nicht die steuerlichen Kinderfreibeträge ergänzt. Er wird nicht mit Sozialleistungen, Kinderzuschlag und Wohngeld verrechnet. Das ist sozial gerecht und stärkt gleichzeitig die Kaufkraft von Familien.

## Unterstützung für Alleinerziehende

Alleinerziehende – 90 % von ihnen sind Frauen – haben gerade in Zeiten von Corona besondere Lasten zu tragen. Um ihre Einkommen zu stabilisieren, wird der Entlastungsbeitrag in der Einkommenssteuer für Alleinerziehende bis Ende 2021 von derzeit 1.908 Euro auf 4.008 Euro angehoben. Ein Beispiel: Ein alleinerziehender Kassierer mit 1.750 Euro brutto und einem Kind erhält so 463 Euro mehr pro Jahr.

## Sicherheit für Arbeitnehmer\*innen und Schutz von Belegschaften durch Kurzarbeit

Wir schützen Millionen Arbeitsplätze mit dem Kurzarbeitergeld. Wir werden bereits im September eine verlässliche Regelung für den Bezug von Kurzarbeitergeld ab dem 1. Januar 2021 vorlegen.

## Wir verlängern einfacheren Zugang zur Grundsicherung

Mit der verbesserten Grundsicherung haben wir vor allem für Soloselbständige, Künstlerinnen und Künstler sowie Freischaffende schnell und unbürokratisch den Lebensunterhalt und die privaten Wohnkosten gesichert. Die Kosten dafür werden befristet ohne umfangreiche Prüfungen übernommen. Dieses Verfahren verlängern wir bis Ende September.

## Wir stützen Kultureinrichtungen und gemeinnützige Organisationen

Größere Kulturveranstaltungen mit Publikum sind weiterhin nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich. Viele Festivals, Veranstaltungsorte und Clubs, aber auch andere Kultureinrichtungen haben daher zu kämpfen. Wir bauen deshalb eine Brücke und stellen mit einem Hilfsprogramm für den Kulturbereich eine Milliarde Euro bereit. Außerdem legen wir ein Kredit-Sonderprogramm der KfW im Umfang von einer Milliarde Euro für gemeinnützige Organisationen auf.

*Weiter auf der nächsten Seite-->*



# Die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung

## Wir spannen einen Schutzschirm für Auszubildende

Wir sorgen dafür, dass trotz der aktuellen Situation Schulabsolventen ihre Ausbildung beginnen und Auszubildende ihre laufende Ausbildung ordentlich beenden können. Mit einem Sonderprogramm für krisenbetroffene kleine und mittlere Unternehmen zahlen wir Übernahmeprämien für Betriebe, die Auszubildende von insolventen Firmen übernehmen und bauen überbetriebliche Strukturen auf, falls eine Ausbildung im Betrieb nicht fortgeführt werden kann. Um neue Ausbildungsplätze zu fördern, erhalten jene Betriebe eine Prämie, die ihr Ausbildungsangebot gegenüber den Vorjahren aufrechterhalten oder gar erweitern.

## Hilfe für Kommunen und Investitionsanreize für Unternehmen

Wir schließen einen kommunalen Solidaripakt 2020. Städte und Gemeinden müssen finanziell handlungsfähig sein, um die nötigen Investitionen in die Zukunft unseres Landes zu leisten und gute Lebensbedingungen vor Ort zu ermöglichen. Mit dem kommunalen Solidaripakt haben wir ein umfassendes Konzept mit zwei zentralen Komponenten vereinbart. Es unterstützt gerade auch finanzschwächere Kommunen:

## Ausgleich der Ausfälle bei der Gewerbesteuer

Die aktuelle Steuerschätzung geht davon aus, dass in diesem Jahr allein bei der Gewerbesteuer der Kommunen mit Mindereinnahmen von gut 12 Mrd. Euro zu rechnen ist. Der Bund wird für das Jahr 2020 (in Höhe von 5,9 Mrd. Euro) die Hälfte dieser Mindereinnahmen kompensieren und damit die kommunale Finanzbasis stabilisieren. Die andere Hälfte tragen die Länder.

## Weitgehende Übernahme der Kosten der Unterkunft

Die Kosten der Unterkunft für Bezieher von Sozialleistungen werden von den Kommunen ausgezahlt – besonders dort, wo die Arbeitslosigkeit hoch und die Einkommen

niedrig sind, bedeutet dies hohe Kosten für die Kommunen. Bislang hat sich der Bund an den Kosten der Unterkunft mit knapp 50 % beteiligt; ab jetzt beteiligt er sich dauerhaft mit 75 %, dies entspricht 4 Mrd. Euro pro Jahr und hilft insbesondere Kommunen, die einen hohen Anteil an GrundsicherungsempfängerInnen haben, wie u.a. den Stadtstaaten und Regionen im Strukturwandel.

Die Kommunen sollen weiterhin für diese Leistungen verantwortlich sein, da sie die Bedingungen vor Ort besser kennen. Daher werden wir in der Verfassung regeln, dass der Bund die Kosten der Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende bis zu 75% tragen kann, bevor das Prinzip der Bundesauftragsverwaltung eintritt. Wir wollten in den Verhandlungen als drittes Element noch eine Lösung für das grundsätzliche Problem der kommunalen Altschulen erreichen. Das war jetzt nicht möglich. Das Thema bleibt daher auf der Tagesordnung.

## Wir stützen den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in den Kommunen.

Durch die Corona-Pandemie sind die Fahrgeldeinnahmen stark gesunken. Deshalb wird der Bund die Länder im Jahr 2020 bei der Finanzierung des ÖPNV unterstützen. Dazu erhöht der Bund einmalig die Regionalisierungsmittel in 2020 um 2,5 Mrd. Euro.

## Wir unterstützen Kommunen und kommunale Unternehmen bei Investitionen.

• Kommunen müssen bis Ende 2021 weniger Eigenmittel für klimafreundliche Investitionen (im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative) bereitstellen.

• Außerdem verbessern wir die Investitionskredite für kommunale und soziale Unternehmen und es werden zusätzliche 150 Mio. Euro für den Bau von Sportstätten bereitgestellt.

• Zudem wird die Deckelung der maximalen Kreditsumme des bestehenden KfW-Investitionskreditprogramms für kommunale und soziale Unternehmen aufgehoben.



• Zur Unterstützung der Wirtschaftsstrukturen vor Ort werden die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe GRW zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur um 500 Mio. Euro aufgestockt.

## Maßnahmen zur Unterstützung der Unternehmen

Das Soforthilfeprogramm mit Zuschüssen für Betriebskosten hat vielen Selbstständigen und Kleinunternehmen in der ersten Phase der Krise geholfen. Zur Sicherung der Existenz von kleinen und mittelständischen Unternehmen wird für Corona-bedingten Umsatzausfall nun ein Folgeprogramm mit Überbrückungshilfen in Höhe von 25 Milliarden Euro aufgelegt. Diese Überbrückungshilfe wird für die Monate Juni bis August gewährt. Der maximale Zuschuss beträgt 150.000 für drei Monate.

## Investitionen in Transformation und Modernisierung

Bereits mit dem Klimaschutzprogramm 2030 haben wir viele Maßnahmen für nachhaltige Mobilität auf den Weg gebracht. Mit den Beschlüssen des Konjunkturpakets schalten wir noch einen Gang hoch. Ein wichtiges Ziel ist dabei die Stärkung des Automobilsektors, der auf seinem Weg hin zu klimafreundlichen Antrieben einen enormen Strukturwandel vor sich hat.

Jetzt kommt es darauf an, dass wir die vereinbarten Maßnahmen schnell umsetzen. Nur so können wir tatsächlich die Konjunktur zügig beleben. Deshalb sind die allermeisten Instrumente des Konjunkturpakets auch auf dieses und das kommende Jahr begrenzt.





[www.foerderdatenbank.de](http://www.foerderdatenbank.de)

Foto: Radka Schöne / pixelio.de

# Unterstützung unserer Kommunen bei Förderprogrammen

*Noch nie investierte der Bund so viele Mittel in seine Kommunen wie in den vergangenen Jahren. Regelmäßig überarbeiten und aktualisieren wir unser umfassendes Portfolio an Programmen, die vor Ort soziale Projekte fördern, die Energiewende umsetzen, dem Klimawandel entgegenwirken und den Städtebau voranbringen.*

Als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Soziales sowie als stellvertretender haushalts- und kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion setzen wir uns dafür ein, dass die Gelder sinnvoll abgerufen werden und die Mittel auch ihren Weg nach Oberfranken finden. Vor allem unsere Bürgermeister und kommunalen Mandatsträger wollen wir deshalb ermutigen: Lasst es uns wissen, wenn Ihr spannende und innovative Projekte vor Ort plant! Wir unterstützen Euch gerne bei der Suche nach möglichen Förderkulissen.

## Denkmalschutz Sonderprogramm - Förderung auch kleinerer Denkmalschutzprojekte

Gefördert werden Maßnahmen, die der Substanzerhaltung und Restaurierung im Sinne der Denkmalpflege dienen. Die Bundesbeteiligung beträgt grundsätzlich bis zu 50 % der zuzahlungsfähigen Ausgaben, max. 450.000 Euro.

### Fördergrundsätze:

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/973862/404758/588c6d240bad290c6ad34e72a1c1d56/2016-07-04-denkmalschutz-foerderung6-data.pdf?download=1>

## Denkmalpflegeprogramm "National wertvolle Kulturdenkmäler"

Gefördert werden unbewegliche Kulturdenkmäler (Baudenkmäler, historische Parks und Gärten, Bodendenkmäler) von nationaler Bedeutung. Hierzu zählen Denkmäler, in denen sich beispielhaft architektonische, städtebauliche, wissenschaftliche, geschichtliche oder politische Leistungen abbilden. Der Förderantrag ist bis spätestens 31. Oktober für das Folgejahr zu stellen.

### Fördergrundsätze:

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/973862/404748/e93b847200d0fcab8eff740339b8dccc/denkmalpflegeprogramm-foerderunggrundsätze-data.pdf?download=1>

## Bundesprogramm Sanierung kommunaler Einrichtungen aus den Bereichen Sport, Jugend und Kultur

Fortsetzung des Programms beschlossen; neue Förderrichtlinie wird erarbeitet

## Investitionen im Bereich Kultur

Sanierung von Baudenkmalern von Nationaler Bedeutsamkeit mit großem finanziellem Aufwand. Bund zahlt bis 50 Prozent der Kosten, max. 24 Mio. Euro.

## Gedenkstättenprogramm

Die Sanierung/Ausbau von Gedenkstätten wird gefördert. Der Bund zahlt 50 Prozent der Kosten.

## Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus

Der Bund unterstützt Kommunen bei größeren städtebaulichen Projekten, die im In- und Ausland deutlich wahrnehmbar sind. Grundsätzlich sind zwei Drittel der Projektkosten förderfähig. Sollte sich der Haushalt der Kommune in einer Notlage befinden, können auch 90 Prozent der förderfähigen Projektkosten gezahlt werden. Für den Projektauftrag 2021 können Projektskizzen bis zum 22.10.2020 eingereicht werden.

### Weitere Infos:

<https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/zip/nps/nps-node.html>

## Städtebauförderung

### Alle Programme unter:

<https://www.staedtebaufoerderung.info/>

## Bundesprogramm „Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel“

Mit dem Programm fördert das Bundesumweltministerium Projekte, die Antworten auf die Folgen der Erderwärmung wie Hitzeperioden, Hochwasser oder Starkregenereignisse liefern und die Anpassung an den Klimawandel unterstützen. Gefördert werden lokale und kommunale Akteure, Vereine und mittelständische Betriebe sowie Bildungseinrichtungen. Die Einreichungsfrist für das Auswahlverfahren 2020 läuft vom 1. August bis 31. Oktober 2020.

### Weitere Infos:

<https://www.z-u-g.org/aufgaben/foerderung-von-massnahmen-zur-anpassung-an-den-klimawandel/>

## Sonderprogramm zur Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel

Sanierung von Parks, durch Anpassung von Grün an die Herausforderung des sich verändernden Klimas. Bund zahlt maximal 90 Prozent der Kosten, max. 5 Mio. Euro.

## Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit

Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ unterstützt das BMFSFJ das zivilgesellschaftliche Engagement für Demokratie und gegen jede Form von Extremismus. Gefördert werden hierzu Projekte, die sich für ein vielfältiges, respektvolles und gewaltfreies Miteinander einsetzen. Das Bundesprogramm unterstützt Städte, Landkreise und kommunale Zusammenschlüsse in den Partnerschaften für Demokratie.

### Weitere Infos:

<https://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben.html>